Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 200. **Sonnabend** den 19. Juli 1890. **84. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 20. Juli,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Ausschreibung.

Die **Maurer- und Zimmerarbeiten** zu einem Pferdestallgebäude in Lindenau sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

Bedingungen und Zeichnungen liegen auf unserem Bauamte, Hochbauverwaltung, Rathhaus 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, zur Einsichtnahme aus, auch werden daselbst Kostenanschlagsformulare und Bedingungen gegen Erlegung von 0,60 ℳ abgegeben.

Versiegelte und mit der Aufschrift:

Maurer-Arbeiten bez. Zimmer-Arbeiten zu einem Pferdestalle in Lindenau"

versehene Angebote sind bis zum 25. Juli cr., Nachmittags 5 Uhr, an oben genannter Stelle abzugeben.

Jede Entschließung über Vergebung der Arbeiten behalten wir uns vor.

Leipzig, den 17. Juli 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 3948. Dr. Georgi. Lindner.

Geschäftslocal-Vermiethung.

Im **Universitätsgrundstücke** Universitätsstraße Nr. 5 ist die **Hälfte** des von der Firma Ernst Göes erweiterten **Geschäftslocals,**

welches getheilt vermiethet werden soll, noch frei.

Hierauf Reflectirende wollen sich an das unterzeichnete Rentamt wenden.

Leipzig, am 17. Juli 1890.

Universitäts-Rentamt.
Gebhardt.

Die Zukunft der Socialdemokratie.

Am 1. October tritt das Socialistengesetz außer Kraft und damit wird der Zustand wiederhergestellt, wie er bis zum 1. October 1878 in Deutschland herrschte. Aber in den dazwischen liegenden zwölf Jahren hat sich eine Entwickelung gestaltet, welche die Wiederkehr der Ausschreitungen im Vereinswesen und in der Presse der Socialdemokratie sehr unwahrscheinlich, wenn nicht unmöglich macht. Ueber den Werth der Redensarten, welche die Wiedererweckung des gestrenen Zeitalters zum Gegenstand haben, ist wohl jetzt auch in socialdemokratischen Kreisen volle Klarheit verbreitet, man hat den Streik als das wirksamste Mittel erkannt, um die Lage der Arbeiter zu verbessern. Aber auch in dieser Beziehung sind Erfahrungen gesammelt worden und man hütet sich jetzt, Arbeitseinstellungen ins Werk zu setzen, deren Erfolg zweifelhaft ist. Die Streikcassen verfügen nicht über ausreichende Mittel, um brodlos gewordene zahlreiche Arbeiter mit ihren Familien so lange über Wasser zu halten, bis sich neue Arbeitsgelegenheit findet, und wer einmal eine längere Arbeitspause mit allen ihren Schwierigkeiten und Bedrängnissen, mit ihrem Elend und der daraus entstehenden Verzweiflung durchgemacht hat, hütet sich vor der Wiederholung. Streiks haben überhaupt nur einen Zweck in Zeiten wirthschaftlichen Aufschwunges, in Zeiten wirthschaftlichen Niederganges können die gewerblichen Arbeiter froh sein, wenn die Arbeitgeber die Arbeit nicht einstellen. Es hat sich auch auf diesem Gebiete gezeigt, daß allem menschlichen Thun bestimmte Grenzen gezogen sind und daß die allgemeine Wohlfahrt auf dem Zusammenwirken aller Kräfte beruht.

Es ist ein verhängnißvoller Irrthum, daß sich auf die Dauer ein feindlicher Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitern durchführen läßt. Dieser Gegensatz führt nothwendig zu einer Stockung und Gefährdung des wirthschaftlichen Lebens, und die sich daraus ergebenden Nachtheile treffen beide gleichmäßig, Arbeitgeber wie Arbeiter. Wo ist die Grenze, bis zu welcher die Fortführung des Unternehmens dem Arbeitgeber noch lohnend erscheint? Diese Frage legt sich der streikende Arbeiter nicht vor, ihm ist es blos darum zu thun, eine augenblickliche Lohnerhöhung zu erreichen, gleichviel ob der Arbeitgeber dabei auch unter ungünstigen wirthschaftlichen Verhältnissen bestehen kann. Das wirklich Gefährliche für die Existenz der gewerblichen Arbeiter ist der Streik von oben, die Arbeitseinstellung von Seiten der Arbeitgeber, und diese wird durch ungerechte Streiks der Arbeiter vorbereitet und bei fortgesetzter Steigerung der Anforderungen auch mit Sicherheit früher oder später erreicht. Vor diesem Unglück schützt kein Socialistengesetz, sondern nur vernünftige maßvolle Handlungsweise der Arbeiter. Wenn die Ansprüche der Arbeiter so hoch geschraubt sind, daß sie von den Arbeitgebern nicht mehr befriedigt werden können, dann hilft den Arbeitern auch der Besitz der Maschinen nichts, denn auch die Fortsetzung der Arbeit auf eigene Rechnung und Gefahr vermag nicht den Ertrag zu erreichen, den die Arbeiter nöthig haben, um ihren Ansprüchen Erfüllung zu sichern.

Die Haupttriebfeder für alle menschliche Thätigkeit, besonders auf gewerblichem Gebiet, ist die Concurrenz. So lange diese ein ergiebiges Feld für ihre Anstrengungen findet, ist die Blüthe in Handel und Wandel möglich, wenn die Gleichgiltigkeit und die Verdrossenheit an die Stelle der freien Kraftentfaltung tritt, dann ist kein Gewinn mehr zu erzielen, und unter solchem Zustande leiden Arbeitgeber und Arbeiter gleicherweise. Es zeigt sich dann jene traurige Erscheinung, die bei allen Kriegen von längerer Dauer einzutreten pflegt, daß alles gewerbliche Leben steckt und daß die ihrer Habe beraubten, in Armuth und Elend gerathenen, ehemals fruchtbringender Thätigkeit hingegebenen Leute in dumpfer Theilnahmslosigkeit ihr Schicksal ertulden. Es kann nicht geläugnet werden, daß in einzelnen Zweigen der gewerblichen Thätigkeit zu geringe Löhne gezahlt werden, daß besonders weibliche Handarbeiterinnen weit unter den berechtigten Anforderungen auf Lohn arbeiten. Hier mag die Arbeitseinstellung das richtige Mittel sein, um zu besseren Zuständen zu gelangen. Aber im Allgemeinen wird der Streik zur Durchsetzung viel zu hoch geschraubter Ansprüche benutzt und es werden von einzelnen Kreisen von Gewerbtreibenden ganz unwürdige Experimente angestellt, um den Lohn auf eine Höhe zu treiben, die mit dem Werthe der gelieferten Arbeit in schreiendem Mißverhältniß steht.

Diesen Bestrebungen entsprechend ist die Hauptforderung der Socialdemokraten heute die gesetzliche Einführung des Normalarbeitstages. Sie wollen volle Freiheit zur Vertretung ihrer Interessen haben, um den Arbeitgebern gegenüber den höchsten Druck ausüben zu können, dabei sollen nicht Reife des Urtheils und Besonnenheit die bestimmenden Kräfte auf Seite der Arbeiter sein, sondern die Zahl soll Ausschlag gebend wirken. Deshalb soll auch das Alter der in den Arbeitervertretungen Sitz und Stimme habenden Personen weit in den Bereich der Unerfahrenheit und Urtheilslosigkeit hinein greifen. Diesen Zumuthungen ist bisher erfolgreicher Widerstand entgegengesetzt worden, und dies wird auch in Zukunft geschehen.

Was wir als wirksamstes Gegenmittel gegen die Ausschreitungen der Socialdemokratie im Augenblick der Aufhebung des Socialistengesetzes hauptsächlich nöthig haben, ist einiges festes Zusammenhalten der Arbeitgeber gegen alle übermäßigen Ansprüche der Arbeiter. Wir haben am 1. Mai gesehen, welche günstige Wirkung dieses Mittel gehabt hat, der ganzen Bewegung ist dadurch die Spitze abgebrochen worden. Angesichts der Aussicht, aus der Arbeit entlassen zu werden, haben es die meisten socialdemokratischen Arbeiter vorgezogen, ruhig fortzuarbeiten. Diese Einigkeit soll keine feindliche Tendenz gegen die Arbeiter haben, im Gegentheil ist als Ziel friedliches und wohlwollendes Zusammenwirken beider Theile festzuhalten. Die Gesetzgebung gewährt schon jetzt den Arbeitern Schutz gegen Krankheit und Unfälle, gegen die Folgen von Alter und Arbeitsunfähigkeit, und es liegt nur im Interesse einer gedeihlichen Fortentwickelung der gewerblichen Thätigkeit, wenn die Arbeitgeber bemüht sind, für die materiellen Bedürfnisse der Arbeiter nach Möglichkeit Sorge zu tragen durch Errichtung von Arbeiter-Wohnungen, Stiftungen für invalide Arbeiter und ihre Angehörigen u. s. w. Wir müssen den Versuch machen, mit der socialdemokratischen Partei unter dem Schutze der bestehenden Gesetze in Frieden auszukommen und uns deshalb aller der Vortheile bedienen, welche uns für diesen Zweck zu Gebote stehen. *

Leipzig, 19. Juli.

* Trotz gegentheiliger Blättermeldungen erhält sich in unterrichteten Kreisen das Gerücht, daß der Kaiser die Insel Helgoland demnächst zu besuchen gedenke. Er werde allerdings nicht der Uebergabe der Insel an die deutschen Behörden beiwohnen, sondern etwas später, also wahrscheinlich auf der Rückreise von England nach Deutschland, dort eintreffen. Der Aufenthalt des Kaisers auf Helgoland werde dann wohl nur wenige Stunden dauern.

* Betreffs der Colonialabtheilung des Auswärtigen Amtes ist bereits darauf hingewiesen, daß, soweit es sich um die Beziehungen zu auswärtigen Staaten und um die allgemeine Politik handelt, dieselbe dem Staatssecretair des Auswärtigen Amts unterstellt bleibt, während in allen eigentlichen Colonialangelegenheiten, insbesondere auch in allen organisatorischen Fragen, in Zukunft die Colonialabtheilung derartig selbständig unter der Verantwortung des Reichskanzlers fungiren wird, daß der Abtheilungsdirigent dem obersten Chef der Reichsverwaltung unmittelbar die erforderlichen Vorträge erstattet und unter der Bezeichnung „Auswärtiges Amt, Colonialabtheilung" die von der letzteren ausgehenden Schriftstücke selbst zeichnet. Es wird sich empfehlen, Schreiben und sonstige Sendungen, welche für die Colonialabtheilung des Auswärtigen Amts bestimmt sind, mit einem bezüglichen Vermerke zu versehen.

* Der „Preußische Staatsanzeiger" meldet die Abberufung des Geh. Legationsrathes v. Kusserow von dem Gesandtschaftsposten bei den Hansestädten und seine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand.

* Die „Nationalzeitung" wird um den Abdruck nachstehender Erklärung ersucht:

„Eine Anzahl deutschfreisinniger Blätter brachte unlängst eine mit geringen Variationen in Vorsorgane verschiedener politischer Richtung übergegangene Mittheilung, der zufolge ein Mitglied der Berliner Adreßdeputation, welche die Ehre hatte, am 22. v. M. vom Fürsten Bismarck empfangen zu werden, die bei dieser Gelegenheit gewonnenen Eindrücke als überaus ungünstige bezeichnet haben soll. Der vormalige Reichskanzler — so etwa hieß es in jener Meldung — befinde sich in sehr gedrückter Stimmung; er habe zwar viel, aber ohne rechten Zusammenhang gesprochen; namentlich scheine es ihn entmuthigt zu haben, daß Niemand sich genirt erwiesen, ihm wegen seiner Unterredungen mit russischen und französischen Interviewern Complimente zu machen. Die Situation sei daher mitunter eine höchst peinliche und die Unterhaltung eine stockende gewesen; als Erleichterung müsse der Fürst es empfunden haben, daß schon der nächste Zug seine Gäste wieder entführte.

Es ist von anderer Seite bereits darauf hingewiesen worden, daß diese Ausführungen den Stempel gehässiger Erfindung an der Stirn tragen, und daß über ihren tendenziösen Charakter kein Einsichtiger sich täuschen lassen könne. Auch die Unterzeichneten, welche die am 22. v. Mts. in Friedrichsruh auf das Freundlichste empfangene Deputation bildeten, sind dieser Ansicht. Um aber jeder Mißdeutung zu begegnen, zu der ihr Schweigen etwa Anlaß geben könnte, erklären sie hiermit ausdrücklich, daß die in Rede stehenden Angaben, die für sie noch weit verletzender sind, als für den Fürsten Bismarck, jeder Begründung entbehren, sowohl sachlich, wie in Bezug auf die Behauptung, daß dieselben direct oder indirect ein Deputationsmitglied zum Gewährsmann hätten. Von den hocherfreulichen und unverlöschbaren Eindrücken, welche die Delegirten aus Friedrichsruh mit hinweggenommen haben, legen die eingehenden Berichte Zeugniß ab, die unmittelbar nach dem Empfange auf ihre Veranlassung und zum Theil unter ihrer Mitwirkung der Oeffentlichkeit übergeben worden sind.

Diejenigen Blätter, welche die bedauerliche Mittheilung verbreitet haben, werden zweifelsohne auch dieser durch Ehre und Gewissen gebotenen Entgegnung Aufnahme gewähren.

Berlin, im Juli 1890.

Sydlmann,
königlicher Baurath.

C. Becker. Dr. Blasius. Kleemann, Obermeister.
Dr. Lorbing, Professor. Hans Tournier, Redacteur des „Deutschen Tageblattes". Weber, Consul a. D. und Mitglied des Abgeordnetenhauses.

* Reichskanzler General v. Caprivi wird, gutem Vernehmen nach, zu Beginn dieses Herbstes, etwa im October, jedenfalls aber vor Beginn der nächsten Reichstagssession (19. November) nach München kommen. Vorher wird der Reichskanzler verschiedene andere deutsche Regierungen besuchen.

* Der Ketzerproceß in Sachen contra Liebknecht nimmt in der socialdemokratischen Presse seinen Fortgang. Herr Liebknecht hat zu einem französischen Journalisten den Ausspruch gethan: „Wir sind keine Revolutionäre" und sieht sich in Folge dessen genöthigt, vom „Berliner Volksblatt" seine socialdemokratische Rechtgläubigkeit vertheidigen zu lassen. Die Ankläger sprechen von einem Aufgeben der alten socialrevolutionären Principien der Partei und lassen die Möglichkeit zu, daß Herr Liebknecht seine politische Haltung durch Rücksicht auf sein persönliches Wohlergehen bestimmen lasse. Diese Vermuthung ist auch insofern kränkend für den Angegriffenen, als sie die Annahme zur Voraussetzung hat, der gegenwärtige Parteichef werde im Falle einer Revolution nicht zu denjenigen gehören, welche an der Spitze stehen und also in der Lage sind, nach bekannten revolutionären Mustern ihr persönliches Wohlergehen zu den Staatsnothwendigkeiten zu rechnen. Das „Volksblatt" versichert, Herr Liebknecht könne den incriminirten Ausdruck nur in dem Sinne gebraucht haben: „Wir sind keine Revolutionsmacher." Soll damit gesagt sein, die officielle Socialdemokratie wünsche eine von Andern gemachte Revolution? Diese Annahme läßt sich mit dem Geltungsbedürfniß der derzeit regierenden Herren von der Socialdemokratie nur schwer vereinbaren. Man wird wohl nicht fehl gehen, wenn man sich denen anschließt, die Herrn Liebknecht's Bemerkung als eine harmlose auffassen und jeden Zweifel an seinem erhabener-revolutionären Standpunct als eine Beleidigung ansehen. Die Art und Weise, wie sein Organ, das „Volksblatt", den letzten Hochverrathsproceß bespricht, bürgt für die revolutionäre Gesinnungstüchtigkeit Liebknecht's und seiner Gesinnungsgenossen.

* * *

* Der von den Prager Stadtverordneten als Vertreter für die deutsche Section in den Landesschulrath gewählte Director Heinrich veröffentlicht nunmehr selbst eine Erklärung, worin er behauptet, daß seine Wahl in den Landesschulrath ohne sein Zuthun erfolgt sei. Ferner weist derselbe auf einen an den Grafen Taaffe gerichteten Brief hin, worin er geschrieben habe, Graf Taaffe könne ohne Sorge sein, er werde das ihm übertragene Mandat mit Ruhe, Tact und Objectivität ausüben und im geeigneten Momente zurücktreten. Dabei bleibe es.

* Die Zuschrift Rieger's an den Olmützer „Pozor", in welcher der bisherige Führer der Czechen seinen Rücktritt vom politischen Schauplatz ankündigt, lautet:

„Ich bin in letzter Zeit in jeder Weise angegriffen und verläumdet worden. Ich setze mich dagegen nicht zur Wehre, überzeugt, wenn nicht früher, so doch sicher nach meinem Tode gerecht beurtheilt zu werden. Es überraschte mich, auch von Ihrem Blatte angegriffen zu werden, das mich seit lange kennt. Der Angriff galt den mährischen Führern vielleicht, und dabei mußte auch ich meinen Theil bekommen. Glaubt man aber, daß die Sachen besser gehen werden, wenn die bisherige Organisation aufhören, wenn keine Führung vorhanden sein wird und die Leute ohne Plan hin und her laufen werden? War es denn nicht von jeher der Fehler der Czechen, keine Autorität anzuerkennen, keine Disciplin und Organisation zu bewahren, so daß sie nacheinander von den organisirten Deutschen unterdrückt wurden? Der Selbsterhaltungstrieb leitet auch die Schafe und die Vögel, daß sie dem Stärkeren und Erfahreneren folgen; darf das bei einem Volke anders sein? Ich spreche nicht im eigenen Interesse. Ich bin 72 Jahre alt, und außerdem beabsichtige ich, vom politischen Schauplatze abzutreten. Aber es wäre ein Unglück, wenn solche Ansichten sich mit aller Macht in unserem Volke verbreiten würden, daß es dann ohne Organisation und ohne führendes Haupt wäre. Außerdem ist es im Selbstbestimmungsrechte begründet, daß das Volk an seine Spitze Männer stellt, denen es größere Urtheilskraft und Tauglichkeit zuschreibt. Terrorismus hat es nie bei uns gegeben. Die Abgeordneten wählten ihre Vertrauensmänner und diese bestimmten in gemeinsamer Berathung, was zu geschehen habe. Wichtigere Dinge wurden in der Vollversammlung der Abgeordneten entschieden. Kann man es Jemandem zur Last legen, wenn die Erwählten der Nation Jemanden den Vorrang zuerkennen, weil sie ihn für den Fähigsten, Tauglichsten halten? Hört nicht ein solches, in der That schweres und undankbares Amt auf mit der Thätigkeit dieses Mannes, weil dann die Vertreter, diese Unfähigkeit erkennend, durch Ballotage einen Fähigeren, des Vertrauens Würdigeren wählen? War die Führung der Nation schlecht, machte sie Fehler, so war das die Schuld oder das Unglück der Nation selbst und ihrer Vertretung, daß sie nicht bessere Männer hatte oder es nicht verstand, sie herauszufinden. In beiden Fällen muß sie zufrieden sein mit Dem, was Jene erreichten, die sie hatte und wählte. Die Deutschen sagen: „Arme Leute kochen mit Wasser." Warum hat unsere Nation keinen Cavour, Napoleon oder Bismarck? Ich würde ihr, weiß Gott, dieselben wünschen, und dann hätte sie die Zwerge nicht nöthig, wie wir es sind. Aber Groschen und Gulden hinauswerfen, so lange man nicht Tausende und Millionen hat, und zu thun, als ob man sie jeden Moment haben könnte, ist reiner Unsinn. Das gilt auch für Euch in Mähren. Prazak war ein verständiger und fähiger Führer. Nach seinem Rücktritte konnte ihr keinen besseren als Schrom, einen rechtschaffenen und weisen Mann, finden. Wenn er auch geht, kann ihr ihn ersetzen? Wenn Jemand zufällig eine deutsche Frau hat und mit ihr deutsch spricht, so berührt das noch seine nationale Gesinnung nicht. Bei mir ist das nicht der Fall, aber nichts desto weniger meine ich, daß man das nicht so streng bei Euch beurtheilen sollte. Es ist eine jungczechische Phrase, daß man bei uns zurück und von Fehler zu Fehler schreite, daß man keinen Erfolg erzielt und daß das die Schuld der Führer sei. Oftmals hörte ich von den Polen, es sei beispiellos, welchen Fortschritt wir in fünfzig Jahren gemacht, und unsere größten Gegner unter den Deutschen, wie Herbst, Plener, Ruß, erkennen den ungemessenen culturellen und wirthschaftlichen Fortschritt unserer Nation an. Nur Verblendung oder Böswilligkeit könne den großen und allseitigen Fortschritt unserer Nation in unserem Zeitalter ableugnen, die Nachwelt wird ihn sicher anerkennen."

Rieger's Brief ist aus Maletsch vom 12. Juli datirt.

* Dieser Tage wurde der „Oesterreichische Studentenverein an der Wiener Hochschule" aufgelöst und zwar, wie aus polizeilichen Kreisen mit Bestimmtheit verlautet, vornehmlich deshalb, weil in den Verein socialistische Tendenzen Eingang gefunden hatten.

* Der ehemalige Beherrscher des bulgarischen Fürstenthums ist gewiß einer der competentesten Beurtheiler der Zustände jenes Landes, und daher dürfte es von besonderem Interesse sein, seine Meinung über die jüngsten Vorkommnisse in Bulgarien kennen zu lernen. Graf Hartenau (Prinz von Battenberg), der gegenwärtig wieder in Graz weilt, äußerte sich, wie von dort geschrieben wird, über die Panitza-Affaire dahin, daß er die Hinrichtung des Verschwörers für einen Fehler halte, weil das Verbrechen desselben nicht zur That geworden sei und ein Bulgare nur für die That Verständniß habe. In Bulgarien gebe es viel Panitzas, die demnach gleichfalls hätten hingerichtet werden müssen. In Betreff der Gerüchte über eine Abdankung des Prinzen Ferdinand von Coburg ist Graf Hartenau der Ansicht, daß jene Gerüchte nicht zur Wahrheit werden dürften.

* In den der italienischen Regierung nahestehenden Kreisen wird es für sehr wahrscheinlich erachtet, daß die allgemeinen Neuwahlen für die italienische Kammer nicht, wie vielfach angenommen wurde, im Herbste dieses Jahres, sondern erst im Jahre 1891 stattfinden werden. Die Entscheidung dieser Frage soll in einem demnächst abzuhaltenden Ministerrathe erfolgen.

* Der italienische Senat genehmigte den Gesetzentwurf, betreffend die Maßregeln zu Gunsten der Stadt Rom in der von der Deputirtenkammer beschlossenen Fassung und vertagte sich hierauf.

* Der italienische Schulverein „Pro Patria" in Triest wurde wegen irredentistischer Bestrebungen aufgelöst. Auf der letzten Hauptversammlung des Vereins fanden mehrfache politische Kundgebungen statt.

* Im englischen Unterhause erklärte der erste Lord des Schatzes Smith auf eine bezügliche Anfrage, daß er die zweite Lesung der Helgolandbill nicht vor nächstem Donnerstag, vielleicht erst zu einem späteren Termine beantragen werde. Was die Unterhandlungen mit Frankreich betreffs Zanzibars angehe, so würden dieselben von beiden Seiten in durchaus freundlichem Sinne geführt. Er könne zwar nicht versprechen, daß über dieselben schon bei Gelegenheit der zweiten Lesung der Helgolandbill eine Erklärung thunlich sei, doch werde jede Information, die ohne Nachtheil für die Interessen des Staates gemacht werden könne, ertheilt werden. Der Unterstaatssecretair Fergusson erklärte auf eine weitere Anfrage, der Regierung sei keine Mittheilung darüber zugegangen, daß der Präsident Harrison geäußert habe, er halte es für eine Pflicht der Vereinigten Staaten, die englischen Seehundsfischer im Beringsmeer künftighin summarisch zu behandeln. — Die Vorlagen, betreffend die Volkszählung in England, Irland und Schottland, wurden in erster Lesung angenommen.

* Balfour hielt am Mittwoch Abend bei dem Mahle der Londoner Gewürzkrämergilde eine Rede, im Verlaufe welcher er sich optimistisch über die Lage und die Aussichten der unionistischen Partei äußerte. Ungeachtet der Zwischenfälle, welche die gegenwärtige Tagung unfruchtbar gemacht hätten, stände die unionistische Mehrheit im Hause der Gemeinen fest wie ein Fels und habe weder eine Niederlage, noch die Auflösung zu fürchten. Die Auflösung des Parlaments sei vor den nächsten 2½ Jahren nicht zu erwarten und selbst dann wäre jede Aussicht auf einen neuen unionistischen Sieg vorhanden. Harcourt und Genossen könnten vielleicht in zehn Jahren wieder ans Staatsruder gelangen, aber auch dann werde die Union in keiner ernsten Gefahr schweben, höchstens dürfte jedes Interesse der Neide nach bedroht werden. Aber auch das sei eine ernste Gefahr, deren Abwendung in den Händen des Landes liege.

* Dem „Journal de Bruxelles" zufolge spricht sich der Bericht des Deputirten Rothomb über den Gesetzentwurf, betreffend die dem Congostaate durch Belgien zu gewährende finanzielle Unterstützung, lebhaft für die Fortführung des afrikanischen Unternehmens aus und nimmt die eventuelle Uebernahme des Congostaates durch Belgien in Aussicht. Sodann führt der Bericht aus, daß die Vorlage die Interessen des Landes sicher stelle, weist mit Bestimmtheit nach, daß die Vorlage in keiner Weise das Land verpflichte, und setzt alle Vortheile auseinander, welche Belgien aus der Uebernahme des Congostaates erwachsen werden.

* Einem Kabel-Telegramm aus New-York zufolge bereits der Präsident Harrison am 16. d. mit Hill, dem Vorsitzenden des Congreß-Comités für die auswärtigen Angelegenheiten, über die Beringmeer-Frage und weigerte sich, die Sache dem Congreß vorzulegen, weil er in Salisbury's Erklärung, die englischen Interessen vortheilhaft wahren zu wollen, eine Drohung erblickte.

Zur Lage.

NLC. Berlin, 18. Juli. (Der preußische Staatshaushalt. II.) Die Ausgaben für das laufende Rechnungsjahr sind bei den eigentlichen Staatsverwaltungen im Wesentlichen auf denselben Stand veranschlagt, wie diejenigen der beiden Vorjahre. Die Ausgaben der Betriebsverwaltungen sind natürlich noch in der Steigerung begriffen, was den wachsenden Ansprüchen der arbeitenden Klassen und dem Bedürfniß nach einer auskömmlichen Besoldung der unteren und mittleren Beamten auf der einen, der fortschreitenden Ausdehnung des Staats-Eisenbahnbetriebes auf der anderen Seite entspricht. Gruppirt man zunächst die Ausgaben in persönliche, sachliche und außerordentliche oder einmalige, so ergiebt sich, daß der Aufwand des Staates für persönliche Dienstleistungen (496,57 Millionen) kaum die Hälfte der sachlichen Kosten (1048,34 Millionen) erfordert. Die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben beziffern sich auf 48,21 Millionen. Den größten Etat für persönliche Ausgaben haben, wie erklärlich, die Betriebsverwaltungen. Sie nehmen allein 302,55 Millionen für Besoldungen und andere persönliche Ausgaben in Anspruch, und zwar die Eisenbahnen 225, der Bergwerksbetrieb 44,90, die höheren Bergbehörden, die Bergdeputationen 1,58, das Ministerium für Handel und Gewerbe 1,51, die Forstverwaltung 12,34, die landwirthschaftliche Verwaltung 5,17, die Bauverwaltung 4,56, der Hüttenbetrieb 2,15, der Salinenbetrieb 1,91, die Gestütverwaltung 1,09 Millionen u. s. w. Im Etat des Cultusministeriums beläuft sich der Betrag der persönlichen Ausgaben auf 45,15 Millionen, wovon allein 22,32 auf auf das Volksschulwesen entfallen und 5,5 zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen aller Bekenntnisse bestimmt sind. Die innere Verwaltung bedarf 31,27 Millionen zu Besoldungs- und anderen persönlichen Ausgaben, wobei die Kosten der Provinzial- und Bezirksregierungen nicht eingerechnet sind, die aus dem Etat des Finanzministeriums bestritten werden. Dort sind insgesammt 11,78 Millionen für persönliche Ausgaben in Anspruch genommen. Die Justizverwaltung verausgabt für Gehälter u. s. w. 63,31, die Verwaltung der directen Steuern 10,87, diejenige der indirecten 25,81 Millionen, doch stehen dem letzteren Aufwand die Entschädigungen aus der Reichskasse gegenüber, wodurch sowohl die persönlichen, als die auf 6,46 Millionen veranschlagten sachlichen Kosten der indirecten Steuerverwaltung annähernd gedeckt sind. Bei den sachlichen Ausgaben hat die allgemeine Finanzverwaltung in Anbetracht des Matricularbeitrags der Schuldentilgung und -Verzinsung den Vorritt vor den Betriebsverwaltungen. Die Verzinsung von Staatsschulden erfordert 201,66 Millionen, ein Aufwand, den die Ueberschüsse des Staatseisenbahnbetriebes weit übertragen. Dort stehen den Ausgaben von insgesammt 547,27 Einnahmen in der Höhe von 852,96 gegenüber. Der Ueberschuß beziffert sich also auf 305,69 Millionen oder rund 105 Millionen höher, als die